

# LIHK-Vorstand möchte Arbeitsplätze sichern

GÜNTHER FRITZ

---

**VADUZ.** Die Industrieunternehmen sehen sich durch die Frankenstärke weiterhin unter massivem Druck. Die Umsatz- und Ertragssituation werde stark negativ beeinflusst. Dies bedinge eine zeitnahe Umsetzung von individuellen Massnahmen. Wie der LIHK-Vorstand in einer Stellungnahme schreibt, erwartet er vom Staat trotzdem keine direkte finanzielle Unterstützung.

Neben den zusätzlichen Massnahmen in den Betrieben sei jedoch eine indirekte Unterstützung von Staatsseite ausser-

ordentlich wichtig, um die Wertschöpfung im Land zu halten. Deshalb fordert der LIHK-Vorstand vom Staat zum Beispiel die Vermeidung bzw. Verschiebung zusätzlicher finanzieller Belastungen, z. B. bei den Lohnnebenkosten durch die laufenden Revisionen des Krankenversicherungsgesetzes, der AHV und des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge. Zudem sollen die finanziellen Belastungen, z. B. durch eine zeitlich limitierte, signifikante Reduktion der Abgabe zum Energieeffizienzgesetz verringert werden.

› INLAND 5, WIRTSCHAFT REGIONAL

# LIHK-Vorstand setzt sich für die Sicherung des Industriestandorts ein

Die Schweizerische Nationalbank (SNB) hat am 15. Januar 2015 überraschend den Euro-Mindestkurs von 1.20 Franken aufgehoben. Durch die nachfolgende massive Aufwertung des Schweizer Franken wird die Umsatz- und Ertragssituation der liechtensteinischen Industrieunternehmen stark negativ beeinflusst. Mit einem Schlag verloren die Unternehmen zudem die Planbarkeit für ihre Kalkulationen. Es war den Exportunternehmen durchaus bewusst, dass die Stützungsmaßnahmen der SNB irgendwann beendet sein würden, trotzdem ist es für viele Firmen sehr herausfordernd, kurzfristig noch zusätzliche Kostensenkungsmaßnahmen zu realisieren.

## Die Exporte sind weniger wert

Die liechtensteinische Industrie exportiert mehr als 50 Prozent ihrer Erzeugnisse in die Euro-Länder. Die Unternehmen mussten bereits im August 2011 durch die Anpassung an den Stabilisierungskurs von 1.20 Franken pro Euro einen Währungsnachteil von 20 Prozent gegenüber Ende 2009 wettmachen. Nach dem Ende der Stabilisierung kommt nun ein weiterer Nachteil von über 10 Prozent dazu. Und es ist nicht allein der Euro-Wechselkurs, der die Betriebe belastet, denn der Schweizer Franken hat sich auch gegenüber vielen anderen Fremdwährungen weiter aufgewertet.

## Schwierige Situation

Wie schwierig die Situation für eine Industrieunterneh-

men seit dem Ende des Stabilisierungskurses am 15. Januar 2015 geworden ist, zeigen die überarbeiteten Budgets für das laufende Geschäftsjahr: Es wird vielfach ein erheblicher Umsatzrückgang prognostiziert, der auch zu einem massiven Gewinnrückgang führen wird. Viele Betriebe haben zwar volle Auftragsbücher, sind jedoch durch die Frankenstärke teilweise nicht mehr konkurrenzfähig. Auch wenn Unternehmen in Euro bilanzieren, hat sich der lokale Franken-Kostenblock – insbesondere die Personalkosten – um weitere über 10 Prozent verteuert.

## Stabilisierungsmassnahmen

Die liechtensteinischen Industrieunternehmen befassen sich seit dem 15. Januar 2015 mit Massnahmen, um den erneuten negativen Währungseffekt so weit wie möglich auszugleichen. Jedes Industrieunternehmen steht aufgrund seiner Ausrichtung vor einer spezifischen Situation und vor unterschiedlichen Herausforderungen. Entsprechend werden auch jeweils individuelle Massnahmen angezeigt sein.

Durch die teilweise harten Spar- und Effizienzprogramme, die die Betriebe nach dem Euro-Zerfall im Jahr 2011 umgesetzt haben, sind viele Massnahmen bereits ausgeschöpft. Aus den Bemühungen kamen die Unternehmen gestärkt hervor, und viele hatten im Jahr 2014 erstmals nach der Weltwirtschaftskrise und dem Beginn der Frankenstärke wieder einen guten Geschäftsabschluss. Durch die



Bild: iStock

Durch die massive Aufwertung des Schweizer Franken wird die Umsatz- und Ertragssituation der liechtensteinischen Industrieunternehmen stark negativ beeinflusst.

neue Situation sind nun weitere grosse Anstrengungen nötig, um Kosten zu reduzieren und so die Betriebe bzw. die Beschäftigung abzusichern. Die Unternehmen stehen unter einem grossen, einige unter einem massiven Ergebnissdruck. Dies bedingt eine zeitnahe Umsetzung von individuellen Massnahmen oder Massnahmenpaketen.

Mögliche Massnahmen sind beispielsweise weitere Kostensenkungen durch eine Ausweitung der Beschaffung im Euro-Raum und in anderen Fremdwährungen, die Senkung der Personalkosten durch Personalstopp, Personalabbau, befristete Arbeitszeiterhöhungen, Ferienkürzungen, Null-Lohnrun-

den, Gehalts- und Bonuskürzungen und Umstellung auf Euro-Löhne. Weitere Möglichkeiten sind das Kürzen oder Verschieben von Investitionen, die Verlagerung von bestimmten betrieblichen Funktionen in günstigere Währungsräume und Preiserhöhungen in den Märkten.

## Arbeitsplätze sichern

Dem Vorstand der LIHK ist es sehr wichtig, dass der Industriestandort Liechtenstein und damit auch die Arbeitsplätze gesichert werden. Dies kann jedoch nur durch weitere Massnahmen auf der Kostenbasis von Ende 2014 in den Betrieben erreicht werden. Nachdem die Unternehmen mit den bisher-

gen Massnahmen die Kostenstruktur bereits dem Stabilisierungskurs angepasst haben, gilt es nun, darüber hinaus wirksame und schnell realisierbare Massnahmen für weitere Kostenoptimierungen zu finden. Damit kann sichergestellt werden, dass die Betriebe einen für die langfristige Sicherung des Unternehmens nötigen Gewinn erwirtschaften.

## Forderungen an den Staat

Was kann der Staat zur Sicherung des Industriestandorts beitragen? Der LIHK-Vorstand erwartet trotz dieser schwierigen Situation für die Industrieunternehmen vom Staat keine direkte finanzielle Unterstützung. Neben den zusätz-

lichen Massnahmen in den Betrieben ist jedoch eine indirekte Unterstützung von Staatsseite ausserordentlich wichtig, um die Wertschöpfung im Land zu halten. Der LIHK-Vorstand fordert deshalb:

- Die Erhaltung bzw. Verbesserung der derzeitigen Standortvorteile.
- Die Vermeidung bzw. Verschiebung zusätzlicher finanzieller Belastungen, z. B. bei den Lohnnebenkosten durch die laufenden Revisionen des Krankenversicherungsgesetzes, der AHV und des Gesetzes über die betriebliche Personalvorsorge.
- Die Verringerung von finanziellen Belastungen, z. B. durch eine zeitlich limitierte, signifikante Reduktion der Abgabe zum Energieeffizienzgesetz.
- Die Überprüfung weiterer Gesetze, die die Handelsfreiheit einschränken und den Standort Liechtenstein gegenüber anderen Industriestandorten verteuern.

In dieser kritischen Situation müssen sowohl Wirtschaft wie auch Politik alles daran setzen, die Industrie und ihre Arbeitsplätze und Wertschöpfung im Land zu halten.

Eine Stellungnahme des Vorstands der Liechtensteinischen Industrie- und Handelskammer (LIHK)



## LIHK reagiert auf Euro-Kurs

**VADUZ.** Die Liechtensteinische Industrie- und Handelskammer (LIHK) reagiert auf die Aufhebung des Euro-Mindestkurses zum Franken, die sich negativ auf die Umsatz- und Ertragssituation der Industrie-Unternehmen auswirke. Mögliche Massnahmen seien «weitere Kostensenkungen durch eine Ausweitung der Beschaffung im Euroraum und in anderen Fremdwährungen, die Senkung der Personalkosten durch Personalstopp, Personalabbau, befristete Arbeitszeiterhö-

hungen, Ferienkürzungen, Null-Lohnrunden, Gehalts- und Bonuskürzungen und Umstellung auf Euro-Löhne». Weitere Möglichkeiten seien «das Kürzen oder Verschieben von Investitionen, die Verlagerung von bestimmten betrieblichen Funktionen in günstigere Währungsräume und Preiserhöhungen in den Märkten». Eine direkte finanzielle Unterstützung durch den Staat erwarte die LIHK nicht, dafür aber Entlastungen bei den Sozial- und Energiekosten. (red.)